

PANORAMA ¹

Nächster Sendetermin
Do, 26.03.2020 | 21:45 Uhr

Start
Sendungen
Meldungen
Service
Redaktion

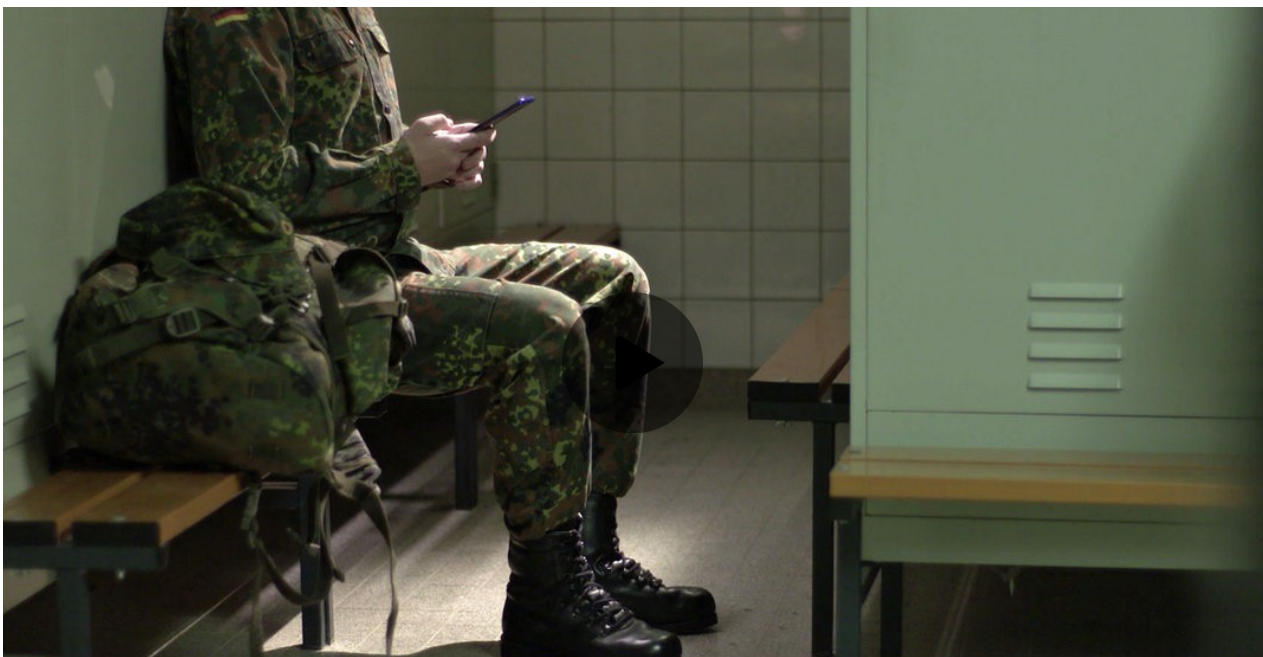
Stand: 05.03.20 15:30 Uhr

Bundeswehr: Rechtsextreme bleiben, Informant muss gehen

von Caroline Walter und Katrin Kampling



Bis vor kurzem war Patrick J. Unteroffizier bei den Fallschirmjägern. Jetzt ist er arbeitslos, muss sich neu orientieren: Seine Dienstzeit bei der Bundeswehr wurde nicht verlängert. "Ich war definitiv geschockt in dem Moment, als ich ins Dienstzimmer gerufen wurde", erzählt Patrick J. Dabei hat er nur getan, was von Soldaten erwartet wird: Rechtsextreme in der Truppe zu melden.



Bundeswehr: Rechtsextreme bleiben, Informant muss gehen

Rechtsextreme Soldaten zeigen in den sozialen Netzwerken ungeniert ihre Gesinnung - aber statt alle zu entlassen, trennt sich die Bundeswehr vom Whistleblower, der sie gemeldet hat.

"Durch und durch rechts"



Patrick J. war bei den Fallschirmjägern. In den sozialen Medien stieß er auf mehrere rechtsextrem gesinnte Soldaten und meldete er sie beim MAD. Entlassen wurden sie scheinbar nicht.

Ein Beispiel: Im vergangenen Jahr machte er die Bundeswehr auf den Fall eines Soldaten aufmerksam, der sich auf Instagram als Wehrmachtsfan präsentiert. In einem Chat offenbart dieser: "Ich bin durch und durch rechts" - und erzählt, dass er schon in der Schule mit seiner Gesinnung aufgefallen sei. Mehrfach sei er wegen Holocaustleugnung beim Rektor gewesen. Doch trotz dieser Erkenntnisse ist der Soldat nach Panorama-Recherchen noch in der Bundeswehr.

"Für mich persönlich ist es nicht nachvollziehbar, dass man mich als ungeeignet vorzeitig aus der Bundeswehr entfernt und demgegenüber Soldaten, die einen deutlichen Bezug zum Rechtsextremismus aufweisen, im Dienstverhältnis verbleiben", sagt Patrick J.

"Ein verheerendes Signal"



Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer betonte noch Ende 2019, man wolle entschieden

gegen Extremisten in der Truppe vorgehen.

Dabei behauptet die Bundeswehrführung immer wieder öffentlich, dass sie entschieden gegen Extremisten durchgreife. "Jeder, der in irgendeiner Art und Weise radikal bei der Bundeswehr auffällt, hat in der Bundeswehr keinen Platz", sagt etwa Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer bei einem Truppenbesuch Ende 2019.

Für den Grünen-Innenpolitiker Konstantin von Notz ist die Entlassung Patrick J.s "ein verheerendes Signal": "Das schadet der Bundeswehr auch in ihrem Ansehen", stellt er fest. Niemand wolle einen Generalverdacht gegen Soldaten - "aber es ist wichtig, dass bei den drastischen Fällen, die wir kennen, entschlossen gehandelt wird; und daran mangelt es."

Fehlende Konsequenz

Patrick J. ist in den sozialen Medien auf mehrere rechtsextrem gesinnte Soldaten gestoßen. Er hat sie dem Militärischen Abschirmdienst MAD gemeldet, der dafür zuständig ist, Extremisten in der Bundeswehr zu ermitteln.



So manche Entlassung scheiterte wohl an den Bundeswehrvorgesetzten, so ein ehemaliger MAD-Offizier gegenüber Panorama.

Panorama konfrontiert das Amt mit den Fällen, die Patrick J. gemeldet hat. Der MAD prüfe "in jedem Fall, ob tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen vorliegen", teilt ein Sprecher des Militärischen Abschirmdienstes mit. Allerdings: "Der MAD kann [...] selbst keine Disziplinarmaßnahmen ergreifen und niemanden aus der Bundeswehr entlassen." Diese Entscheidung trafen die zuständigen Vorgesetzten der Soldaten. Das Verteidigungsministerium äußert sich gegenüber Panorama nicht zu den konkreten Fällen.

An so manchen Bundeswehrvorgesetzten seien Entlassungen in der Vergangenheit oft gescheitert, berichtet ein hochrangiger ehemaliger MAD-Offizier: "Der MAD stellte in seinem Bericht fest, dass es ein Extremist war. Und dann kamen von Kommandeuren so Aussagen wie: den brauche ich für Afghanistan oder: der ist Spezialist, auf den kann ich nicht verzichten oder: ach, in der Truppe hat er doch noch nichts gemacht. Das hat mich schon aufgeregt."

Bis zu 20 Prozent rechtsextreme Soldaten?

Ein aktiver Bundeswehroffizier des Heeres schildert Panorama, dass er selbst erlebt habe, wie rechtsextreme Soldaten geschützt wurden, statt sie zu entlassen. Die aktuellen Zahlen des MAD von mehr als 550 Verdachtsfällen hält der Offizier nur für die Spitze des Eisberges. "Ich bin überzeugt, dass es 15 bis 20 Prozent der Soldaten sind, die rechtsextrem sind", sagt der Bundeswehr-Insider." Würde man tatsächlich durchgreifen, hätte die Bundeswehr auf einmal erheblich weniger Personal." Das sei aber nicht gewünscht, und deshalb schaue man bei etlichen Fällen nicht genauer hin.



"Mehr Wissen und mehr Personal in die Sicherheitsbehörden"

Bei Panorama äußern sich Benjamin Strasser, Winfried Nachtwei, Konstantin von Notz und Armin Schuster zum Thema Rechtsextremismus in der Bundeswehr.

Das Verteidigungsministerium weist diese Kritik von sich. Man verfolge "in diesem Bereich eine 'Null-Toleranz-Linie'" und gehe "jedem Verdachtsfall mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln nach".



Dieses Thema im Programm:

**Das Erste | Panorama | 05.03.2020 |
21:45 Uhr**

ARTIKEL KOMMENTIEREN

Zeige Ergebnisse 16-20 von 20.

habanarum schrieb am 06.03.2020 07:18 Uhr:

ist doch bezeichnend!

Informant wird gefeuert, ob bei der Bundeswehr oder bei der Steuerfahndung, es ist im Bund generell überall so.

Nicht erst seit Heute, es war schon in den 70 ern Jahren so in der BRD.

Wer Heute noch glaubt wir "leben in einem Rechtsstaat" der glaubt auch das Arbeit reich macht.

Wolfgang Berlin schrieb am 06.03.2020 10:36 Uhr:

Die Bundeswehrführung macht offensichtlich weiter so und schützt braune Agitatoren. Allen Sonntagsreden zum Trotz. Aufrechte Demokraten, die nicht schweigen, werden entlassen. Eine solche Armee ist eine Schande für jedes Land! Sparen wir uns das Geld dafür!

Paul schrieb am 06.03.2020 11:17 Uhr:

Ich halte diesen Bericht für tendenziös und schlecht recherchiert. Die Behauptung, bis zu 20 Prozent der Soldaten seien rechtsextrem ist eine Frechheit. Ich war selbst 8 Jahre bei der Truppe und kann diese Zahl IN KEINSTER WEISE bestätigen. Im Gegenteil, das ist eine unerhörte Unterstellung. Der MAD kann niemanden entlassen, genau sowenig wie das BfV keine Wohnung durchsuchen oder Festnahmen tätigen kann. Nachrichtendienste liefern immer nur die Entscheidungsgrundlagen. In den ersten vier Dienstjahren kann ein Soldat übrigens relativ einfach entlassen werden. In späteren Dienstjahren reicht es aber nicht mehr aus, einem rechten Rapper auf Instagram zu folgen und dort Bilder mit Waffen zu posten. Es ist immer der Einzelfall umfänglich zu betrachten. Da gehört natürlich auch eine jahrelange tadellose Pflichterfüllung dazu. Tiefgreifende Entscheidungen wie eine Entfernung aus dem Dienstverhältnis müssen nicht zuletzt auch einer gerichtlichen Überprüfung standhalten.

Insider schrieb am 06.03.2020 11:50 Uhr:

Der Beitrag ist wirklich schlecht recherchiert!

Warum in den benannten Einzelfällen noch nicht gehandelt wurde, lässt sich nur mutmaßen!

Aus persönlicher Erfahrung als

Vorgesetzter muss ich sagen, dass im Normalfall das genaue Gegenteil der Fall ist! Häufig wird auf Entlassubg gedrängt, obwohl eine besser politische Bildung besser halfen würde! So werden die jungen Menschen, meist nicht sonderlich helle, in ihr gewohntes Umfeld entlassen und entwickeln sich zu echt Nazis in der Gesellschaft! Ich denke, dass man viele von diesen jungen Menschen durch Aufklärung einen anderen Weg zeigen könnte! Entlassung in die Arbeitslosigkeit ist da sicher nicht hilfreich!

Horst Necker schrieb am 06.03.2020 12:02 Uhr:

Maßstäbe gelten immer in alle Richtungen und da habe ich mir bei Wikipedia mal die Berufsverbote angesehen mit der Weiterleitung zum Radikalenerlass von 1972, Absatz Rechtsprechung:

„Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) stellte am 26. September 1995 im Fall der aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der DKP aus dem Staatsdienst entlassenen und später wieder eingestellten Lehrerin Dorothea Vogt einen Verstoß gegen die Art. 10 und Art. 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit) fest und verurteilte die Bundesrepublik zur Zahlung von Schadensersatz.“

Das ist jetzt ein Zitat, das Ganze kann sich jeder selbst ansehen.

Wenn es zur einen Seite hohe Hürden gibt müssen die auch zur anderen Seite gelten. Das kann man akzeptieren oder nicht; will man Entscheidungen nicht akzeptieren und kann damit nicht Leben muss man eben gehen. Man kann noch die eigene Einschätzung öffentlich zur Diskussion stellen, was hier der Fall ist.

Zu Seite:

<< < 1 2 3 4



05.03.20 | 21:45 Uhr

"Mehr Wissen und mehr Personal in die Sicherheitsbehörden"

Bei Panorama äußern sich Benjamin Strasser, Winfried Nachtwei, Konstantin von Notz und Armin Schuster zum Thema Rechtsextremismus in der Bundeswehr. | **video (02:19 min)**

17.08.17 | 21:45 Uhr

KSK Oberstleutnant wegen Hitlergruß vor Gericht

Wegen eines Hitlergrußes eines KSK-Kompaniechefs beginnt im Februar 2019 der Prozess. | **mehr**

17.08.17 | 21:45 Uhr

Hitlergruß? Ermittlungen gegen Kompaniechef

Die Bundeswehr hat Ermittlungen wegen möglicher rechtsradikaler Vorfälle aufgenommen. | **mehr**

Tradition: Rechter Korpsgeist in der Bundeswehr

Ein Problem mit "rechtem Korpsgeist" hat die Truppe schon länger. | **video (01:44 min)**

30.10.97 | 21:00 Uhr

Videos, Parolen, Überfälle - Rechtsradikale in der Bundeswehr

Panorama-Beitrag vom 30. Oktober 1997. | **mehr**

WEITERE INFORMATIONEN

05.03.20 | 21:45 Uhr

Bundeswehr: Rechtsextreme bleiben, Informant muss gehen

Der Panorama-Beitrag vom 5. März 2020 als PDF-Dokument zum Download. | **download**

MANUSKRIFT-DOWNLOAD